

# „Endspurt-Programm“

## Die Linksfraktion im Brandenburger Landtag im letzten Jahr der Wahlperiode 2009-2014

### I. Bessere Bedingungen in der Erwerbsarbeitswelt:

#### 1. Lohnuntergrenze von 8.50 € pro Stunde bei öffentlichen Aufträgen

ab 1. Januar 2014 - Landtagsbeschluss im November 2013.

#### 2. Bundesratsinitiative

##### "Gute Arbeit - Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik"

gem. Landtagsbeschluss vom 24. 4. 2013 (Drs. 5/7200).

Schwerpunkte: flächendeckender Mindestlohn, equal pay,

Stärkung der Arbeitnehmer\*innenrechte.

#### 3. Bessere Bezahlung für die Pflegekräfte im Land.

Wir unterstützen die laufenden Tarifverhandlungen zur Verbesserung des Personalschlüssels in der Pflege und stimmen uns am 2. Dezember beim nächsten Treffen mit den Gewerkschaften zum weiteren Vorgehen ab.

Gespräch mit der AOK Nordost zur Problematik Tarifvertrag, Pflegesätze und unterschiedliche Pflegesätze in der Region.

## II. Bessere Bedingungen für junge Menschen

1. **Jugendbeteiligungsgesetz** noch in dieser Legislaturperiode! Wir drängen Initiatoren und Landtag, jetzt das parlamentarische Verfahren einzuleiten.
2. **Rückmeldegebühr für Student\*innen schnellstmöglich abschaffen** - mit der Novelle des Hochschulgesetzes.
3. **Zweite Chance zur Berufsausbildung**. Wir unterstützen dabei die entsprechende DGB-Initiative.
4. **Aufarbeitung der Haasenburg-Erfahrungen**. Wir sorgen für eine über Brandenburg hinaus gehende Debatte über geschlossene Unterbringung problematischer Kinder und Jugendlicher.  
Nächster Termin: 3.12.2013 - Konferenz zu "Alternativen der geschlossenen Unterbringung".

## III. Besser leben in Brandenburg

1. **Mietpreisdeckelung für brandenburgische Städte einführen**. Der Bund hat diese Möglichkeit mit dem Mietrechtsänderungsgesetz eröffnet - bis zum Jahreswechsel wird im Land überprüft, wo dies angeraten ist. Wir wollen die Potsdamer Erfahrungen mit der Flexibilisierung von Miet- und Belegungsbindungen bei Fortführung der Wohnraumförderung verallgemeinern.
2. **Sorben/Wenden-Gesetz - Beschlussfassung und Entschließungsantrag** im Januar; Gespräch mit dem Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten zum weiteren Vorgehen.

**3. Menschenwürdige Unterbringung und bessere Bedingungen für Flüchtlinge** in Landkreisen - Änderung Landesaufnahmegesetz.

**4. Nachhaltigkeitsstrategie -**

"**Unser rot-rotes Zukunftsbild für Brandenburg**" wollen wir in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen.

- Begleitung durch Gesprächsreihe der Fraktion. In diesem Kontext setzen wir uns auch weiter für ein Stiftungsgesetz Großschutzgebiete ein.

#### **IV. Bessere Vorbeugung gegen Kriminalität**

1. Jugendarrestvollzugsgesetz - erstmals für Brandenburg. Jugendarrest ist keine Strafe, aber dennoch ein Eingriff in Grundrechte. Daher: Eingriffsbefugnisse Staat genau regeln, Förderung der Jugendliche zum Ziel erheben ("erstes soziales Training" - nicht mehr Verwahrung, Abschreckung).
2. Stärkung kommunale Kriminalitätsverhütung - Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Kommunen. Pilotprojekte; Einsetzung einer/s Beauftragten für kommunale Kriminalitätsverhütung.
3. Konzeptionelle Vorbereitung der Evaluierung Polizeireform.

#### **V. Wertschöpfung**

1. **Abschluss Operationelle Programme für die EU-Strukturfonds-Periode** - damit setzen wir jetzt Akzente bis 2020: Stärkung von angewandter Forschung, Entwicklung und Innovation, Allzwecktechnologien. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO2-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft. Stärkere Integration der Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen durch fondsübergreifende Zusammenarbeit.

2. **Antrag zur nachhaltig regionalen Landwirtschaft** in Brandenburg  
(Schlussfolgerung aus Fachgespräch zur Agrarwirtschaftsinitiative):  
Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Schulung und Beratung von  
Direktvermarkter\*innen.
  
3. **Unterstützung für die Breitband-Initiative** des Wirtschaftsministeriums.

## **VI. Brandenburgs Interessen im Bund**

1. **Wir drängen auf die Einführung eines „Solidarpakts III für gefährdete Regionen in Ost und West“** ab 2019, wie ihn DIE LINKE Anfang 2013 in die bundesweite Debatte eingeführt hat. Er soll eine sozial-ökologisch ausgerichtete Regional- und Strukturpolitik in Ost und West ermöglichen. Zu Finanzierung soll der Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer genutzt werden.
  
2. **Wir wollen die Bundesrats-Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer** zum Erfolg führen! Die von Brandenburg mit initiierte Initiative zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist bereits im Bundesrats-Verfahren; an der Aufhebung des Ehegatten-Splittings werden wir gemeinsam mit der Bundestagsfraktion weiter arbeiten.

Und schließlich:

Die Antirassismus-Klausel, um die wir uns seit Jahren bemüht haben, wird im November in der Landesverfassung verankert.